

# Bericht aus dem Nationalrat

12.11.2009



NAbg. Mag. Roman Haider

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich freue mich, dass Sie auf diese Seiten gefunden haben und hoffe, dass Sie hier diejenigen Informationen finden, die Sie suchen. Ich werde in Hinkunft nach jeder Sitzung des Nationalrates hier an dieser Stelle einen kurzen Bericht über die wichtigsten Themen wiedergeben.

Diesmal ist der Bericht etwas länger als sonst, da der politische Herbst geprägt war von einer Anzahl Sondersitzungen und ich deshalb nun gleich über mehrere Nationalratssitzungen berichte.

Rechtzeitig vor den beiden Landtagswahlen in Vorarlberg und Oberösterreich fand am Freitag den 18. September auf Verlangen der Grünen eine weitere Sondersitzung statt. Thema dieser Sitzung „Solarwende jetzt: wer heute nicht handelt, gefährdet die Arbeitsplätze der Zukunft“. Die FPÖ hat nach sachlicher Auseinandersetzung im Bereich alternativer Energien bereits fundierte Lösungen ausgearbeitet, da schaffen es die Grünen gerade erst diese Umweltthematik aufzugreifen. Aber auch dieser vorgeschobene Grund für die Sondersitzung, um damit noch einmal die Wahl-Werbetrommel rühren zu können, verbesserte die politische Talfahrt der Grünen in keinsten Weise.

Am 23. September wurde auf Verlangen unseres Klubs eine Aktuelle Stunde zum Thema „Kampf dem Verbrechen statt leeren Versprechen“ abgehalten.

Seit den Wahlergebnissen in Vorarlberg und Oberösterreich befindet sich die SPÖ in einer nicht zu übersehenden Abwärtsspirale. Diese Tendenz war auch bei der von uns verlangten Sondersitzung zum Thema „Soziale Verantwortung statt sozialistisches Versagen in der Arbeitsmarktpolitik und in der Armutsbekämpfung“ greifbar. Der zuständige Bundesminister Hundsdorfer konnte nicht im Ansatz glaubhaft machen, der Erhöhung der Arbeitslosigkeit um 30% (!) auch nur irgendetwas wirksam entgegenzusetzen zu können. Erfrischend und kompetent wirkte im Vergleich dazu die Mannschaft rund um unseren Klubobmann, die mit ihren Forderungen nach getrennten Sozialversicherungssystemen für EU- bzw. Nicht-EU-Bürger, einer Inflationsanpassung des Pflegegeldes und einer angemessenen Pensionserhöhung um mindestens 1,9% punktete.

An den Tagen 23. und 24. September, also zur ersten planmäßigen Sitzung des Nationalrates nach dem Sommer, stand unter anderem auch die Ökostromgesetznovelle auf der Tagesordnung. Hierfür konnte die FPÖ durch den Energie- und Umweltsprecher NAbg. Ing. Norbert Hofer wieder einmal einen respektablen Verhandlungserfolg erzielen. Mit der Einigung wurde unter anderem die Förderung von Investitionen für private Photovoltaikanlagen von derzeit 18 Millionen Euro auf 35 Millionen Euro erhöht. Somit werden Investitionen in Kleinwasserkraft, Biomasse und Photovoltaik frei gemacht und tausende Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen.

Es konnte die bisher absolut unantastbare Deckelung der Förderung von Strom aus Photovoltaik geöffnet werden. „Gewinner sind die Bürger, die sich mit Sonnenstrom ein Stück Freiheit auf das Dach kaufen können und dafür auch unterstützt werden“, zeigt sich NAbg. Ing. Norbert Hofer erfreut.

Um die politische Tätigkeit der Grünen mit Umweltthemen zu veranschaulichen, hier ein Zitat vom VP-Energiesprecher NAbg. Martin Bartenstein, der von den Grünen in der Sondersitzung endlich eine sachliche Auseinandersetzung fordert und dazu weiters meint: „Ich vermisse in der Anfrage der Grünen das Wort Wasserkraft. Das ist unehrlich, weil Wasserkraft den größten Anteil an Ökostrom liefert und wir mit dem Masterplan Wasserkraft nochmals drei Millionen Tonnen CO2 einsparen. Hier

messen die Grünen mit zweierlei Maß!“ Auch der Wirtschafts- und Energieminister Reinhold Mitterlehner meinte hierzu:“ Wären wir auf die Grünen angewiesen gewesen, hätte es eine weit schlechtere Lösung gegeben. Da ist es schon besser die Novelle jetzt umzusetzen, als sie mit den Grünen zu verhindern.“ Sinn jeder Förderung, so auch jener der Photovoltaik ist es, eine reale Möglichkeit zu Haushalt und Wirtschaft zu finden, unter Berücksichtigung der Förderungen anderer alternativer Energieträger. Die FPÖ hat sich entschlossen der Novellierung dieses schlechten und lückenhaften Ökostromgesetzes 2006 zuzustimmen, da es zwar nicht der Weisheit letzter Schluß, jedoch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist.

An der Zielsetzung ein „Erneuerbares Energien Gesetz“ für Österreich umzusetzen, hält die FPÖ natürlich weiter fest. Hierzu erklärt Energie- und Umweltsprecher NAbg. Ing. Norbert Hofer: „Diesem Ziel sind wir nun ein gutes Stück näher gekommen.“ Diese Sondersitzung der Grünen brachte der österreichischen Umweltpolitik weder einen Millimeter Verbesserung, noch einen Hauch neuer Erkenntnisse!

Am 15. Oktober fand eine Sondersitzung des Nationalrates auf Verlangen der FPÖ statt. Thema dieser Plenarsitzung „Soziale Verantwortung statt sozialistischem Versagen in der Arbeitsmarktpolitik und in der Armutsbekämpfung“. Im Rahmen dieser Sondersitzung des Nationalrates brachte FPÖ-Klubobmann HC Strache eine Dringliche Anfrage (30 Fragen) an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Hundstorfer ein. Hintergrund unserer Anfrage bildet die wirtschaftliche Situation in Österreich samt der derzeitigen Rekordarbeitslosigkeit. Ende September 2009 waren in Österreich rund 300.000 Personen ohne Arbeit, im Vergleich zum Vorjahr ist die Arbeitslosigkeit damit um fast 30% gestiegen.

Besonders alarmierend ist, dass gleichzeitig mit dieser Entwicklung die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 65.144 abnahm. Nimmt man die Kindergeldbezieher und Präsenzdienler richtigerweise aus der Berechnung heraus, ging die Zahl der Beschäftigten im August im Jahresvergleich sogar um 67.397 zurück. Aus den Erhebungen des Jahres 2007 geht in Summe hervor, dass 12 Prozent der Bevölkerung - das sind mehr als eine Million Menschen - in Armut leben. Das sind alarmierende Zahlen, die auch den sozialen Frieden und die Sicherheit in Österreich gefährden.

Durch diese Krise werden die, übrigens auch von Experten belegten massiven strukturellen Probleme des österreichischen Arbeitsmarktes sichtbar.

Vom Anstieg der Arbeitslosigkeit am relativ stärksten betroffen sind Personen im Haupterwerbsalter, zwischen 20 bis 24 Jahren und hier nahm die Arbeitslosigkeit um 34,2% zu, gefolgt von der Gruppe der 25 bis 49-Jährigen mit einem Plus von 31,2 %. Sehr unbefriedigend ist auch die besonders hohe Zahl von 45.936 Arbeitslosen bei älteren Arbeitnehmern und das Plus von 25,6 Prozent zu 2008. Österreich schneidet, was die Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern betrifft, im EU-Vergleich besonders schlecht ab. Wer also nun nach einer weiteren Anhebung des Pensionsantrittsalters ruft, der muss wissen, dass es für die Betroffenen unter diesen Rahmenbedingungen kaum Arbeitsplätze gibt und diese Menschen damit in die Altersarmut getrieben werden.

In kaum einem anderen EU-Land ist die Beschäftigungsquote der 55 bis 64-jährigen geringer als in Österreich. Die Arbeitsorganisation in den meisten Betrieben ist auf Arbeitnehmer unter 50 Jahren zugeschnitten, die Arbeit wird verdichtet und zahllose Überstunden sorgen für Verschleiß und gesundheitliche Probleme physischer und psychischer Natur. Für Ältere oder gesundheitlich Beeinträchtigte ist kein Platz mehr in den Unternehmen, sie werden einfach „abgebaut“. Groteskerweise ist das auch in gewerkschaftseigenen Betrieben der Fall.

Aber auch die Situation für Jugendliche verschlechtert sich stetig. Das allgemeine Bildungssystem und das System der dualen Berufsausbildung sind immer weniger in der Lage, Jugendlichen einen möglichst friktionsfreien Übergang vom Ausbildungssystem in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Auch die Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit erreichen alarmierende Werte. Im August waren bei den bis 25 Jährigen um 29,5% mehr als 2008 auf Arbeitssuche. Bereits im Mai 2009 hat der ehemalige Regierungsbeauftragte für Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung Egon Blum darauf hingewiesen, dass das von den Sozialpartnern vorgeschlagene und von der Regierung eingeführte neue Lehrlingspaket rückgängige Lehrlingszahlen verursacht. Noch vor einem Jahr wurden 5.000 zusätzliche „betriebliche Lehrstellen“ als Effekt der „erleichterten Lehrlingskündigung“ versprochen, jedoch gibt es im Vergleich zu August 2008 um 5.587 weniger betriebliche Erstjahrlehrplätze.

Zwei Drittel aller als arbeitslos gemeldeten Jugendlichen zwischen 15 und 21 Jahren stammen zudem aus Familien mit Migrationshintergrund. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Arbeitsmarktservice Wien (AMS) und führt als Gründe für diese Entwicklung in erster Linie

Sprachdefizite an. Selbst Jugendliche, die ihre Schulpflicht in Österreich absolviert haben, sprechen zu Hause fast ausschließlich die Muttersprache ihrer Eltern oder Großeltern.

Das ist unter anderem das Ergebnis einer verfehlten Zuwanderungs- und Integrationspolitik auf dem Rücken der Österreicher. Betroffen von dieser Entwicklung sind nicht nur die einheimische Bevölkerung, sondern auch jene Zuwanderer, die sich durch gute Ausbildung, Fleiß und Leistung ausgezeichnet haben und Österreich als Heimatland schätzen. Sie sehen sich nun ebenfalls mit einer neuen Form der Zuwanderung, nämlich mit einer Zuwanderung ohne Integrationsbereitschaft vornehmlich in unser Sozialsystem konfrontiert. Mittlerweile ist nicht zu ignorieren, dass diese Form der Migration das Sozialsystem überstrapaziert, ohne für adäquate Wachstumseffekte zu sorgen.

Für Österreich belegt unter anderem das Wifo die geringe durchschnittliche Qualifikation der Einwanderer; entsprechend liegt deren Arbeitslosenrate auf dem rund dreifachen Wert jenes der Inländer. Als Resultat der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung in Österreich und der starken Zuwanderung Unqualifizierter finden wir eine zunehmende Verknappung qualifizierter Arbeitskräfte, die, wie die jüngsten Pisa-Resultate befürchten lassen, auch langfristig bestehen bleiben könnte.

Migration dieser Ausprägung verstärkt die Probleme der alternden Gesellschaft anstatt sie zu entschärfen, denn zukünftige Arbeitslose werden kaum einen substantiellen Beitrag zum Pensionssystem leisten.

Bisher ist es der Bundesregierung nicht gelungen, die Rekordarbeitslosigkeit und die Armut in Österreich wirksam zu bekämpfen. Schuld daran sind sowohl Maßnahmen, wie das sogenannte „Jugendbeschäftigungspaket“ mit der Lockerung der Lehlingskündigung und der Einstellung der ursprünglichen Blum-Bonus Förderung als auch das Zurückfahren von Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer, das bisherige Scheitern beim Projekt „Mindestsicherung“ und nicht zuletzt das vollkommene Versagen in der Zuwanderungspolitik.

Große Versäumnisse seitens der Bundesregierung sind auch in Bezug auf die EU-Osterweiterung festzustellen. Das betrifft fehlende Maßnahmen im Bereich der Weiterbildung, fehlende Unterstützung für Klein- und Mittelbetriebe, fehlende wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, fehlende Maßnahmen zur nachhaltigen Unterstützung der Grenzregionen sowie große Versäumnisse im Infrastrukturbereich, obwohl man gerade hier wichtige konjunkturbelebende Impulse hätte setzen können.

Vor dem Hintergrund all dieser Zahlen verwundern daher auch Aussagen, wie die des SPÖ-Bundesgeschäftsführers Günther Kräuter, der in einem Interview mit der Tiroler Tageszeitung vom 28. August 2009 eine Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber fordert und damit eine Verschärfung der Problematik am heimischen Arbeitsmarkt offensichtlich bewusst in Kauf nehmen will. In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit einen generellen Zugang für Asylwerber zum Arbeitsmarkt zu verlangen, ist wohl kontraproduktiv und würde einen noch stärkeren Verdrängungsprozess am Arbeitsmarkt zu Lasten der heimischen Bevölkerung auslösen. Darüber hinaus würde Österreich als Destination für unerwünschte Wirtschaftsflüchtlinge noch attraktiver, als es ohnedies schon ist.

Die wichtigsten Themen der beiden Sitzungstage 21. und 22. Oktober (aus dem parlamentarischen Pressedienst):

ÖBB: Abgeordneter Peter FICHTENBAUER (F) erinnerte die Infrastrukturministerin, das Wort "ÖBB-Chaos" sei nicht von einer "bösen" Opposition erfunden worden, sondern von Medien, die täglich über SchülerInnen, StudentInnen und ArbeitnehmerInnen berichteten, die wegen der ÖBB zu spät zu ihren Ausbildungs- und Arbeitsplätzen gelangen. Die Vorwürfe seien an die SPÖ zu richten, die das Unternehmen ÖBB seit Jahrzehnten beherrsche, sagte Fichtenbauer und wies jeden Versuch zurück, die Verantwortung auf die Jahre der schwarz-blauen Regierung weiterzugeben. 2009 kommen lediglich 66 % der Fernzüge pünktlich an, die Fahrgäste werden nur unzureichend über Verspätungen und Anschlusszüge informiert. Dies benachteilige Regionen, die auf Bahnverbindungen angewiesen seien und veranlasse ehemalige ÖBB-Kunden, wieder auf das Auto umzusteigen. Als eine der Ursachen der Probleme nannte Fichtenbauer das Vorziehen von Prestigeprojekten - und auch dafür liege die Verantwortung bei der Bundesregierung.

Teilstandardisierte Matura (Zentralmatura): Abgeordneter Heinz-Christian STRACHE (F) zeigte sich den Regierungsplänen bezüglich des Schulsektors gegenüber skeptisch. Hier scheine eine Art Alt-68er-Nostalgie zu herrschen, gingen die geplanten Maßnahmen doch in die falsche Richtung. Das Sprachproblem werde seitens der Regierung völlig unterschätzt. Bei dem hohen Anteil an Kindern nichtdeutscher Muttersprache brauche man sich über die negativen Pisa-Ergebnisse nicht zu wundern.

Tourismusbericht 2008: Abgeordneter Roman HAIDER (F) merkte an, die guten Ergebnisse der Tourismuswirtschaft im Jahr 2008 würden nicht auf das Konto der Regierung gehen, sondern seien

allein dem Engagement der Betriebe und ihrer Mitarbeiter zu verdanken. Die Regierung habe die Tourismusbetriebe, die in besonderem Ausmaß unter der Kreditklemme leiden, im Krisenjahr 2009 völlig allein gelassen, kritisierte er weiters.

Einkommensabhängiges Kindergeld: FPÖ-Klubobmann Hein-Christian STRACHE eröffnete die Debatte mit Lob für das 2002 eingeführte Kinderbetreuungsgeld: Dies sei ein "Meilenstein" auf dem Weg vom Familienlasten- zum Familienleistungsausgleich. Strache forderte Wertschätzung für die Familienarbeit, die nicht ausreichend honoriert werde. Es gelte, dringend umzudenken, denn es wäre eine Katastrophe, würden die Familien ihre Leistungen, die sich auf rund 110 Mrd. € beliefen, einstellen. Strache forderte eine Umkehr von einer wirtschaftsorientierten Familienpolitik zu einer familienorientierten Wirtschaftspolitik, die sich u.a. in einer Vorrangstellung der Familien im Pensionssystem und in einem Familien-Steuerplittung auswirken müsse. Es gehe um "gerechte Abgeltung statt Almosen", unterstrich der F-Klubobmann und trat für die Streichung der Zuverdienstgrenze ein.

Am 5. November fand auf Antrag der Oppositionsparteien eine weitere Sondersitzung zum Thema "Regierungsjustiz und Ministerblockade" statt. Hintergrund ist die Weigerung von SPÖ und ÖVP, die (ehemaligen) Minister Strasser, Berger, Darabos, Fekter und Bandion-Ortner im Spitzel-Untersuchungsausschuss aussagen zu lassen. Aus dem parlamentarischen Pressedienst: Abgeordneter Martin GRAF (F) warnte davor, die Staatsanwaltschaft als politisches Instrument wider die Opposition einsetzen zu wollen. Genau darum gehe es ja in diesem Untersuchungsausschuss, und da beruhigten ihn die Wortmeldungen von Cap und der Ministerin nicht gerade. Der Bürger habe ein Recht darauf, dass die Behörden ihre Arbeit machten, und dazu zählten natürlich auch das Ministerium, die Staatsanwaltschaft und eben der Untersuchungsausschuss dazu. Diese Instrumentarien müsse man mit konkretem Leben erfüllen. Ein Untersuchungsausschuss trage nämlich wesentlich zur politischen Hygiene in einem Lande bei. Wer die politische Kontrolle behindere, hielt Graf fest, der mache der Korruption auch noch die Räuberleiter. Das müssten alle bedenken. Der Parlamentarismus dürfe nicht aus dem Gesetzwerdungsprozess ausgeschaltet werden, aktuelle Fehlentwicklungen, etwa Vorlagen ohne Begutachtungsverfahren oder die Situation im Bildungsbereich, würden zu Recht von der Bevölkerung kritisiert. Die Regierung schaffe sich eine kontrollfreie Zone, diese Tendenz aber müsse abgestellt werden.

Auf Verlangen der Grünen fand am Donnerstag, dem 12. November, eine weitere Sondersitzung des Nationalrats statt. Die Sitzung hat das Thema "Notstand an den Universitäten: Totalversagen der Bundesregierung nimmt jungen Menschen die Bildungs-Chancen" und findet vor dem Hintergrund der Protest- und Besetzungsaktionen an mehreren Universitäten statt. Abgeordneter Martin GRAF (F) warf der Bundesregierung kollektives Versagen in der Universitätspolitik vor und meinte, ein nationaler Kraftakt in der Bildungspolitik wäre notwendig, um die aktuelle Misere zu beseitigen. Jedem Österreicher und jeder Österreicherin, die die Voraussetzungen und den Willen für ein Studium mitbringen, müsse es möglich gemacht werden, ein Studium zu absolvieren. Der Wissenschaftssprecher der FPÖ wies darauf hin, dass die Zahl österreichischer ordentlicher Hörer an den Universitäten in neun Jahren lediglich um 17.000 zugenommen habe, ein "Ansturm", der zu bewältigen sein sollte. "Wir haben nicht zu viele StudentInnen, in Wahrheit braucht Österreich mehr Studierende", zeigte sich Abgeordneter Graf überzeugt.

Wer sich meine Reden oder die der anderen FPÖ-Abgeordneten anschauen möchte, kann dies auf youtube machen: <http://de.youtube.com/Oesterreichzuerst>

Bis zum nächsten Bericht wünsche ich Ihnen viel Gesundheit und Freude

Ihr

Roman Haider